

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein; Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667.
Für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3606-3608; Telegramm-Adressen: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark, Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestelldruck

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtbau (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preise: num-Zelle 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: num-Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] . Nr 496

MITTWOCH, 21. OKTOBER 1931

MORGEN-AUSGABE

Berbesserte Reichsfinanzen

Zoll- und Steuerausfall wieder ausgeglichen

Die Befürchtungen, die Reichsfinanzminister Dietrich vor Kurzem öffentlich über die Entwicklung der Einnahmen des Reiches geäußert hat, sind durch die neuesten Berichte der Finanzämter an das Reichsfinanzministerium nicht bestätigt worden. Die Einnahme aus den Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben sind in der zweiten Woche des Oktober erheblich besser gewesen als in der ersten. Wenn diese Entwicklung anhält und äußere Ereignisse nicht eine völlig neue Lage schaffen, kann angenommen werden, daß der neue Verzugsfall, der vor Erlaß der letzten Steuererhöhung aufgestellt worden ist, eingehalten wird.

Zu den Befürchtungen hat in erster Linie ein sehr erheblicher Rückgang der Zolleinnahmen und der Verbrauchsabgaben Anlaß gegeben. Die starke Drosselung der Einfuhr und eine gemauerte Ausdehnung des Schutzzolls, der z. B. an der deutsch-holländischen Grenze einen geradezu bedrohlichen Umfang erreicht hat, verurteilten diese Entwicklung. Die Verbrauchsabgaben wiesen ähnliche, wenn auch nicht ganz so starke Ausfälle auf, ebenso die Umsatzsteuer. Die Rückgänge bei den anderen Steuern bewegten sich zwar in den Grenzen, auf die man sich nach der Konten- und Kreditbilanz, deren Rückstellungen erst jetzt voll zum Ausdruck kommen, eingeschätzt hatte. Aber ein weiterer Einnahmehinbruch in diesem Umfang hätte es zweifelhaft gemacht, ob das Reich nicht unter voller Anwendung der Exziseansätze aus dem Sporer-Feierjahr imstande gewesen wäre, seinen Verpflichtungen im bisherigen Umfang nachzukommen.

Diese Gefahr ist also durch die weitere Entwicklung der Einnahmen abgemindert worden. Der neue Verzugsfall, der dritte, nachdem im Juni schon einmal der Etat neu durchgerechnet worden war, balanciert mit etwas über 300 Millionen den Markt (Ordinarium und Ergänzungsdarumtum zusammengekommen). An neuen Ausgaben mußten in Rechnung gestellt werden: 170 Millionen für die Beiträge zu Wohlstandslosen der Gemeinden und 100 Millionen als zusätzlicher Reichsanteil an der Arbeitsfürsorge durch die geplante Verlängerung der Unterstützungsdauer. Der Einnahmehinbruch wird mit rund 500 Millionen angenommen.

Die Sporer-Exziseansätze — 700 Millionen Exziseansätze des Reiches + 50 bis 60 Millionen Rückzahlung der Reichsbahn

ans Reich — genügt also auch dann noch nicht, um für die Gesamtsumme von 770 Millionen Deckung zu schaffen.

Man hofft aber, den Rest durch Sparmaßnahmen reichlich ausgleichen zu können, wobei die Veranschlagung für den Rest des Etatsjahres mit 10 bis 15 Millionen, und eine weitere Kürzung der Einnahmen mit vielleicht 50 Millionen angesetzt werden kann.

Eine Unklarheit ist allerdings zumhelfe noch in dieser Rechnung enthalten: die 150 Millionen Reichsbahn-Vorzugsanleihen des Reiches und die weiteren 50 Millionen, die den Verbänden gegeben werden sollten, stehen noch auf der Aktivseite des Rechnungsfalles, obwohl eine Bewertung dieser Aktien an absehbarer Zeit kaum möglich ist.

Nach diesen Zahlen stellt sich also das Bild der Reichsfinanzen — immer in der Annahme, daß sich keine unvorhergesehenen Zwischenfälle ereignen — als einigermäÙe gelichtert dar, zumal auch die Lage der Kaffe nicht ungünstig erscheint.

Trotz der Einnahmehinbrüche ist die schwebende Schuld nur unmerklich gestiegen, was nur dadurch möglich war, daß die dramatische Ausgabe-Prozessierung seit den Juni-Vorzugsanleihen ununterbrochen aufrechterhalten wird. Es werden Garbungsarbeiten überhaupt nur dann gemacht, wenn vertragliche Verpflichtungen vorliegen; die Personalausgaben werden durch Haushaltsjahre verteilt, und generell müssen alle Anforderungen der Ressorts bei dem Reichsfinanzministerium angemeldet werden, das nach sich aus Abdrücke vornimmt.

Somit wird alles alles einigermäÙe in Ordnung. Auch selbst die Arbeitslosen-Versicherung, die nach der jüngsten Entwicklung des Arbeitsmarktes immer mehr damit rechnen kann, daß ihre Schöpfung einer Höchsttarifentlastung von 0,5 Millionen nicht überflüssig wird, kann mit ihrem Etat durchkommen. Etwas schwieriger liegen die Verhältnisse bei den Gemeinden, über deren Sorgen die Arbeitsgemeinschaft für kommunalen Spitzenverbände gestern nähere Mitteilungen machte.

Siehe auch Umsetze

Amerikas Proletariat

Von ROLF JUNGELOUB.

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“

NEW YORK, MITTE OKTOBER.

Während englische Arbeitelose vor Buckingham Palace nach Brot kämpfen und die Bitter Europas von lebensfähigster, politischer Unruhe befallen sind, ist die gesellschaftliche Struktur der Vereinigten Staaten von den Einwirkungen der Wirtschaftskrise bisher unberührt geblieben. Es hieß die Toten den Leugnen, wollte man die soziale Stabilität Nordamerikas damit erklären, daß die Depression nicht so einseitig den Boden hin in ihrer vollen Schwere erst im letzten Jahre ergriffen wurde. Die amerikanische Wirtschaft, die bis 1921 unter der Schockwirkung der Nachkriegszeit nicht nur die emporgedrungen, sondern ebenso den Lebensgefühl einheimischer Arbeit aufnahm, jetzt fast wollen zehn Jahren eine ständig wachsende Tendenz zur Arbeitslosenqualifizierung, die freilich erst im Winter 1929, mit der Verlegen der nationalen Konjunktur, erstmalig trotz in Erhöhung trat. Schätze man damals etwa der Millionen Arbeitelose, die den gewöhnlichen Stand der Erwerbslosigkeit mit sich bis elf, bis zwei Millionen geblieben.

Diese gewaltige industrielle Reservearmee konzentriert sich in den Großstädten, in New York an erster Stelle, mit Chicago, Detroit, Los Angeles und Boston in der Folge. Zu Beginn des Winters werden New Yorks Arbeitelose eine Million übersteigen. Die Weidliche Amerikas kennt kein Beispiel für tiefgreifender Verlegenheit dreier Vorkrisenjahre, und das soziale Problem ist neu, nach Breite, Umfang und Zeitdauer der Depression.

Man sollte glauben, daß der Begriff des Hungers unbekannt ist in einem Lande, wo Weizen zu 45 Cent pro Bushel gehandelt wird und Schweine kaum vier Dollar auf dem Markt erlösen. Man könnte sich denken, daß es ein Verbrechen wäre, die Darbenden aus Amerikanern zu speisen und die Chubbolten vor Käse zu fressen.

Tatsächlich hat denn auch, vom Reichen Haus bis herab zu Städten und Kommunen, die Organisation der Winterhilfe lange Beratungen geführt, die viel Zeitungsblätter füllten, aber für die Rotleidenden ist wenig dabei herausgekommen. Dem Staat bedeutet die Arbeitslosigkeit nicht mehr als ein wirtschaftliches Krankheitsstadium, dem man durch Bureaucratie öffentlicher Arbeiten, durch Anregung von Kurzarbeit beizukommen vermag; die Sorge um die physische Existenz der Arbeitslosen überläßt die Regierung der privaten Wohltätigkeit, die rein karitativen Institutionen, wie der Arbeitervereine, den roten Kreuz, und endlich den gesellschaftlichen Vereinigungen, also der Kirche, Verbänden, Vereinen usw. Die scharfe Scheidung der sozialpolitischen Pflichten von Staat und Gesellschaft wird dadurch nicht gewirkt, daß etwa der Staat New York zur Subvention des Hilfswerks 10 Millionen Dollar aussetzt oder die Stadt für den gleichen Zweck Gelder aussetzt.

Um die amerikanische Metropole wieder als Beispiel herauszuheben: Die Stadtverwaltung New Yorks verhängt über die Roten Beratungen dort, daß die Chubbolten eine polizeiliche Beistellung in allen Parks schlafen dürfen sie bestatigen ein Stabplatz mit einlaßten Betten und stellt als Dependence, im Winter, die Lederkumme entgegen an den städtischen Piers aufgelegten Straßenschiffe zur Verfügung. Wenn Hungernde gepiekt werden, so beirgt das die Hilfswerke oder eine Kellere-Feierliche der Heiligtümer, die im Winter, des Times Square aufsteht, — die Stadt speist, und, zwar unerschwinglich, nur diejenige, die durch Wort oder Tat Unzufriedenheit mit der bestehenden sozialen Ordnung ausgedrückt haben. . .

Unter beratigen sozialpolitischen Bedingungen auf treten Amerikas Arbeitslose: Millionen in den dritten Arbeiterunterstützung, und die Frage stellt auf der Hand: Wird das gut gehen? Wo bleibt das Solidaritätsgefühl des Proletariats? Werden hier nicht keine Zeit, eine gewaltigen sozialen Umwälzung herbeizuführen? Man hat früher das Fehlen einer sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Nordamerika durch die Proletariat und den stehenden Klassenkonflikten erklären wollen, heute muß gesagt werden: Trotz der Not, trotz der aufreißenden negativen Sozialpolitik der Regierung, ist Amerika heute nicht mehr und nicht weniger reif für einen politischen Umsturz, als auf dem Festland seiner Sozialpolitik. Die American Federation of Labour steht unbehindert hinter der „Lafayette League“ Regierung Honors als hinter den meisten ihm vortragenden Präsidenten. Die kommunalistischen „International Workers of the World“, die

Gespräch mit Manuel Azaña

Spaniens neuer Ministerpräsident über den Kirchenkampf

Bericht der Vossischen Zeitung

MADRID, 20. OKTOBER

Kriegsminister Manuel Azaña, Abokat und Schriftsteller, Führer der während der Diktatur gegründeten republikanischen Partei-Organisation „Acción Republicana“, Internazipublikantischer Richtung, die 25 Abgeordnete in der Nationalversammlung sandte, hat als Ministerpräsident übernommen, nachdem Alcala Zamora und Miguel Primo wegen der Kirchenvergebung aus der Regierung ausgeschieden waren. Der neue Ministerpräsident gewährte unserem Korrespondenten eine Unterredung, in der er u. a. erklärte:

Die Nationalversammlung wurde die Verfassung so bald als möglich verabschieden, bis die Ende des Jahres ist auch die Agrarreform ausgearbeitet und das Budget beraten, das Spaniens Finanzen weitestmöglich lockert werden.

Die große Hauptaufgabe der Regierung ist die Fortigung der Republik. In seiner Politik werde er sich im geistigen Rahmen der Verfassung halten. Im übrigen sei er sehr entschlossen, gegen jeden Angriff auf die Republik, solange er von den Spaniern oder von den Staatsvertrauten, Spannungen vorzugehen. Daß die katholischen Geistlichen einen benehmenen Zustand über gar einen Bürgerkrieg in den Arbeitsgruppen entstehen würden, sei völlig ausgeschlossen. Daß der Vatikan die

diplomatischen Beziehungen zur Republik Spanien abzubrechen werde glaube er nicht. Die Republik wolle sich entsprechend ihren Interessen als Vorkriegsorganisation und nicht antirepublikanische und dem jetzigen schon widerstrebende kirchliche Einflüsse vermeiden, sei jedoch der katholischen Religion als solcher keineswegs feindselig gegen. Die Auflösung des Jesuitenordens bedeute keine Ausrückung an die Kirche, wie dies die kirchliche Presse hin und wieder verlautet. Mönchs- und Nonnenorden harmloser Art, die sich nicht in Politik und die Finanz entzogenen, könnten und sollten ruhig weiterbestehen und sich ihren religiösen Geschäften widmen, zu welchem Zwecke sie gegründet worden seien.

Auf die Frage, ob es nicht in jedem Falle gefährlich sei, sich mit der Kirche in Zwiegespräch zu setzen, auch wenn diese antirepublikanische Absicht vorliege, erwiderte der Ministerpräsident, daß er nicht die geringsten Befürchtungen hege und die Republik ihres guten Ruches ledig sei.

Manuel Azaña ist ein Mann von außerordentlicher Energie, kalter Entschlußkraft und klarer Intelligenz, der mit keinem — wie er selbst sagte — „konstruktiven Radikalismus“ der Republik große Dienste leisten kann. Man glaube ihm, wenn er in seiner Antrittsrede vor dem Parlament aussprach: „Besehe dem, der die Hand gegen die Republik zu erheben mag!“

E. F.